

PLATZ DER REPUBLIK

ALAN POSENER



Warum Männer eben doch über sich lachen können

Können Männer über sich selbst lachen? Das war die Frage, die sich ein Team um Silvana Weber von der Universität Würzburg stellte. Gemäß der Theorie der „prekären Männlichkeit“ müssten Männer ein Problem damit haben, über Witze zu lachen, die sie auf die Schippe nehmen. Das Ergebnis hat die Forschenden (ja, wir gemdern hier ein bisschen) überrascht: Zwar werden frauenverachtende Witze von Frauen als Bedrohung empfunden, insbesondere wenn sie von Männern erzählt werden. Bei Männern zeigt sich dieser Effekt dagegen nicht, auch dann nicht, wenn der männerverachtende Witz von einer Frau erzählt wird. Beim Versuch bekamen die Probanden je zwanzig Witze zu hören, darunter männer- und frauenverachtende. Beispiele: „Wie nennt man eine Frau mit einer eigenen Meinung? Im Irrtum.“ Oder: „Wie nennt man einen Mann mit einer Gehirnhälfte? Hochbegabt.“ Und so weiter.

Eigentlich läuft Wissenschaft so ab, dass eine These, die im Versuch falsifiziert wird, dadurch ins Wanken gerät. Die These der „prekären Männlichkeit“, der zufolge Männlichkeit, wie sie die Gesellschaft definiert, schwer zu erreichen und leicht zu verlieren ist und darum ständig unter Beweis gestellt werden muss, siehe Autos mit lautem Auspuff, breitbeinigem Sitzen und dergleichen Imponiergehabe, müsste man also nach diesem Versuch hinterfragen. Da sei allerdings die Ideologie vor. Weber erklärt ihre Ergebnisse so, dass Männer prinzipiell einen höheren Status und größere Macht besitzen und sich deshalb von einem Witz nicht in ihrem Status bedroht sehen. Motto: Kopf, ich habe recht, Zahl, hab' ich's mir doch gedacht. Nun kann ich der These der prekären Männlichkeit durchaus etwas abgewinnen. Es ist anstrengend, dem Ideal eines hochgewachsenen, muskulösen, coolen, sexuell unfassbar leistungsfähigen Typen nachzueifern, wie ihn kulturelle Ikonen von Siegfried über Indiana Jones bis hin zu diversen Rappern und Fußballern verkörpern. Aber vielleicht kommen wir damit besser zurecht, als manche Psychologinnen meinen.

Ich frage mich allerdings, warum Weber und ihr Team so grottschlechte Witze ausgesucht haben. Etwa: „Warum jammern kleine Jungs rum? Sie bereiten sich schon mal auf das Mann-Sein vor.“ Oder: „Warum ist es eine schlechte Idee, Siri danach zu fragen, was Frauen eigentlich wollen? Weil sie schon seit zwei Tagen ununterbrochen redet.“ Höhö.

Und: Warum gibt es so viele gute jüdische Witze? Von denen übrigens keine menschenverachtend sind? Warum ist der britische Humor weltberühmt, der deutsche berüchtigt? Da müsste man Kategorien wie den nationalen Charakter bemühen, die am Würzburger Lehrstuhl für Kommunikationspsychologie und Neue Medien, wo Weber seit 2017, die mediale Repräsentation von Gender und Diversity sowie die Auswirkungen medialer Kommunikation von Stereotypen“ erforscht, natürlich pfui-bäh-bäh sind.

Und doch ist es so: „Kommt eine Blondine an eine Tankstelle ...“ Gäh. „Sitzten zwei Juden im Zug nach Odessa ...“ Schon grinst man in Vorfreude auf die Pointe. Die ich nicht verrate.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985*)

Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky
Chefredakteur in der Welt-Gruppe: Dr. Jan Philipp Burgard, Dagmar Rosenfeld, Jennifer Wilton
Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner
Creative Director: Cornelius Tittel
Artdirektion: Juliane Schwarzenberg
Politik: Claudia Kade, Dr. Jacques Schuster
Forum: Eva Marie Kogel, Lucas Wiegmann
Investigation/Reportage: Tim Röhn
Außenpolitik: Klaus Geiger
Wirtschaft und Geld: Jan Dams, Olaf Gersemann, Thomas Exner (Senior Editor)
Feuilleton: Dr. Mara Dellus, Andreas Rosenfelder
Stil/Reise/Leben: Adriano Sack
Sport: Matthias Brügelmann
Wissen: Sonja Kastilian
Nachrichten/Gesellschaft: Thore Barfuss
Community/Social: Franziska Zimmerer
CvD/Produktion: Patricia Plate
Foto: Stefan A. Runne
Infografik: Karin Sturm
Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems
Auslandskorrespondenten: Athen: Carolina Dritten
Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz
Kapstadt: Christian Putsch
London: Mandoline Rutkowski
Marrakech: Alfred Hackenberg
Burgos: Mousa Paves
Lokshin New York: Hannes Stein
Paris: Martina Meister
Tel Aviv: Christine Kenschke
Warschau: Philipp Frits
Washington: Stefanie Bolzen
Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
Autoren: Henrik M. Broder, Peter Huth, Alan Posener, Hans Zippert
WELT kooperiert mit „El País“ (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen), „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“ (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien), „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ (beide Schweiz)
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Seite 1/Auf einen Blick: Stefan Frommann
Deutschland: Claudia Kade
Ausland: Jens Wiegmann
Forum: Lucas Wiegmann
Wissen: Sonja Kastilian
Wirtschaft und Geld: Felix Eick
Sport: Matthias Brügelmann
Feuilleton: Stefan

THEMA DES TAGES

„Mitte des Monats kein Geld mehr“

Wie viel Rentner ohne eigene Immobilie sich noch leisten können, hängt immer stärker von ihrer Miete ab. In Großstädten müssen sich Senioren zusehends auf Hilfen stützen

Ihr größter Herzenswunsch, sagt Hannelore Friedrichsen, sei eine neue Couch. Am besten in dunkelgrau. Nicht nur das Sofa, auch andere Möbel in ihrer Münchner Wohnung sind abgewohnt. Die 67-Jährige schließt die Augen, der rot angelegte Mund formt ein Lächeln. „Einfach mal ins Möbelhaus gehen und mir was Neues aussuchen, das wäre toll“, sagt sie. Dann öffnet sie die Augen. „Aber das ist einfach nicht drin.“ Stattdessen überlegt sie, ein Strandtuch für 6,99 Euro zu kaufen, das sie im Aldi-Prospekt entdeckt hat. Für zu Hause. Den Strand kann sie sich auch nicht leisten. Ihre Rente deckt nicht einmal die Miete.

VON LUISA HOFMEIER

Mehr als ein Viertel aller Rentner in Deutschland haben monatlich weniger als 1000 Euro zu Verfügung und liegen damit deutlich unter der offiziellen Armutsgrenze von 1250 Euro. Definiert wird diese als maximal 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland. Wie die Zeitungen der Funke Mediengruppe am Sonntag unter Berufung auf bislang unveröffentlichte Daten des Statistischen Bundesamtes berichteten, waren in den ersten drei Monaten dieses Jahres 684.000 Rentner auf Grundsicherung angewiesen – 90.000 mehr als im Vorjahr. Dies entspricht im Jahresvergleich etwa einem Anstieg um 15 Prozent. Während die Inflation die Nöte vergrößert, bemühen sich Hilfsorganisationen um Linderung, indem sie Spenden sammeln und Kosten für Selbstverständlichkeiten übernehmen.

WELT hat sich von drei Seniorinnen ihre Lebenssituation schildern lassen. Sie zei-

gen: Die hohen Mieten in Großstädten lassen nicht nur von Altersarmut Betroffene verzweifeln – sondern auch gut versorgte Rentner. Und sprengen die Grenzen des deutschen Sozialsystems.

Bei Friedrichsen ist es so: 880 Euro Rente bekommt sie, die Warmmiete für die Dreizimmerwohnung am Rande Münchens kostet 1142 Euro. In 40 Jahren hat sie hier zwei Töchter großgezogen und eine Scheidung durchgemacht, nun lebt sie allein. „Wenn ich aus der Wohnung rausmüsste, wäre das, als feile meine Heimat weg. Ich kenne hier jedes Fleckerl auswendig“, sagt Friedrichsen. Weil ihre Miete so hoch ist, bekommt sie Grundsicherung – so viel, dass nach Miet- und Heizkosten der Bürgergeld-Satz übrig bleibt: 502 Euro. Davon gehen weitere Fixkosten wie Telefon und Strom ab. Am Ende bleiben 330 Euro. Gerne redet Friedrichsen darüber nicht. Mit WELT tut sie das nur unter Pseudonym. Eine Bedingung, die alle Rentnerinnen in diesem Text gestellt haben.

Friseurbesuch, neue Kleidung, den kaputten Staubsauger oder Kühlschrank ersetzen – für all das hatte Friedrichsen zuletzt kein Geld. Eingesprungen ist die spendenfinanzierte Seniorenhilfe Lichtblick, die Rentner mit unbürokratischen Einmalzahlungen, Lebensmitteltickets und 35-Euro-Patenschaften unterstützt. 27.000 Rentner sind es aktuell, Tendenz steigend.

Wegen der Inflation sei 2022 ein Rekordjahr gewesen, sagt Lichtblick-Sprecherin Christina Meyer. Nebenkostenzahlungen und Lebensmittelpreise brächen den Senioren finanziell das Genick. „Viele Rentner melden sich Mitte des Monats und ha-



ben kein Geld mehr, um sich etwas zu Essen zu kaufen“, erzählt Meyer. Da ist die Dame, die sich keinen Blumenkohl mehr leistet. Oder der Herr, der auf Brokkoli verzichtet. Und jene, die die Armut isoliert, weil eben kein Geld für den Café-Besuch mit der Freundin da ist.

Für Senioren sind Vereine wie Lichtblick ein finanzielles Auffangnetz – und damit auch eine emotionale Stütze. Das beschreibt Editha Pabst aus Berlin. Die 81-Jährige kommt mit 900 Euro Rente und 200 Euro Wohngeld einigermaßen zurecht, wie sie sagt. Der Grund: ihre geringe Miete. Nur 400 Euro warm zahlt sie für ihre Genossenschaftswohnung. Knapp ist es trotzdem. Zwar versichert Pabst, es gehe ihr gut. Aber sie erzählt auch, dass die Nachbarin ihr ungefragt neue Schuhe schenkt und eine Freundin ihr Kleidung mitbringt. Und wenn etwas Unerwartetes passiert, braucht sie Hilfe. Zum Beispiel als Kater Maxi ope-

riert werden musste. Die Rechnung in dreistelliger Höhe zahlte der Verein „Ein Herz für Rentner“. Zudem unterstützt die spendenfinanzierte Organisation Pabst monatlich mit 38 Euro. „Es nimmt mir die Existenzangst“, sagt die Rentnerin. „Ich bin unendlich dankbar.“

Eine Gemeinsamkeit von Pabst und Friedrichsen: Sie wollen sich beide nicht beschweren, wehleidig wirken oder Ärger machen. Und da ist das Gefühl, dass die Nachbarn und das Umfeld nicht so genau wissen sollen, wie viel – oder wenig – man hat. So ist es auch bei Anita Wilhelm, 70, aus Hamburg.

Auf den ersten Blick scheint ihre Lage um ein Vielfaches besser: Wilhelm hat früher gut verdient. Mit circa 2000 Euro Rente gehört sie in der Hansestadt zu den oberen fünf Prozent der Senioren. Ein ausreichendes Einkommen – wäre da nicht ihre Miete. Zwar wohnt sie schon seit 50 Jahren

INNENPOLITIK

SPD-POLITIKER THIERSE

Kritik an „Letzter Generation“

Der SPD-Politiker Wolfgang Thierse hat die Aktionen der Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ kritisiert. Im WELT-Interview sagte er: „Wenn zum Beispiel Greenpeace eine Bohrinne besetzt, kann jeder verstehen, worum es geht. Wenn aber die ‚Letzte Generation‘ ein Gemälde überschüttet, sagen verständlicherweise 98 Prozent der Menschen: Ihr spinn doch! Insofern ist das, was diese Aktivisten machen, kontraproduktiv.“ Thierse bezweifelt, dass in Zeiten des Klimawandels „alle Verteilungskonflikte“ durch mehr Wachstum und Wohlstand gelöst werden können. Eine der großen Herausforderungen liege darin, „ob es uns gelingt, Demokratie und Freiheit auch ohne wirtschaftliches Wachstum zu leben und zu bewahren“. Man könne die Grenzen des Wachstums nicht statisch definieren. Aber man wisse jetzt: „Wenn wir mit der Erhöhung der Erdoberfläche so weitermachen, können wir nicht überleben.“ Das Interview mit ihm lesen Sie auf Seite 4.

INLANDS-DIENSTREISEN NACH CORONA

Ministeriumsmitarbeiter fliegen oft

Nach dem Abklingen der Corona-Pandemie nutzen die Beschäftigten der Bundesministerien auf Dienstreisen im Inland einem Bericht zufolge wieder vermehrt das Flugzeug. Das geht aus der Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der Linken-Fraktion hervor, berichtet der „Spiegel“. Demnach buchten die Mitarbeiter der einzelnen Ministerien, des Kanzleramts, des Bundespresseamts und der Kulturstaaatsministerin im Jahr 2021 noch 4009 Flugreisen innerhalb Deutschlands. Die Kosten dafür beliefen sich auf knapp eine Million Euro. 2022 waren es dem Bericht zufolge 5330 Flüge, eine Steigerung um fast ein Drittel. Dafür seien 1,3 Millionen Euro fällig geworden. Bis Mitte Juni dieses Jahres seien nun schon 314 Flugbuchungen für knapp 820.000 Euro verzeichnet worden.

EUROSTAT

Jeder Fünfte ohne Urlaub

Eine Woche Urlaub – für viele unerschwinglich: Mehr als jeder fünfte Deutsche kann es sich nicht leisten. Im vergangenen Jahr hatten 21,9 Prozent der Bevölkerung zu wenig Geld, um eine einwöchige Reise zu bezahlen, wie aus Daten des EU-Statistikamtes (Eurostat) hervorgeht, die die Linksfraktion im Bundestag erfragt hat. Über die Zahlen hatte

zuerst das „RedaktionsNetzwerk Deutschland“ berichtet. Demnach stieg dieser Wert seit 2021 um zwei Prozentpunkte. Am häufigsten trifft es Alleinerziehende: So sind in der Kategorie „Alleinstehende Person mit abhängigen Kindern“ 42 Prozent nicht in der Lage, eine Woche in den Urlaub zu fahren. Aber auch Haushalte mit Kindern sind häufiger betroffen (23,4 Prozent) als solche ohne Kinder (20,7 Prozent).

MEHRHEIT IN UMFRAGE

Kirchensteuer nicht zeitgemäß

Kein Verständnis für das Einziehen dieser Steuer: Rund drei Viertel der Menschen in Deutschland finden die Kirchensteuer nicht mehr zeitgemäß. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur hervor. 74 Prozent der Befragten gaben an, das Einziehen der Kirchensteuer nicht mehr für zeitgemäß zu halten, nur 13 Prozent hielten es für zeitgemäß. Weitere 13 Prozent machten keine Angaben oder hatten keine Meinung dazu. Nach Angaben der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) hat die katholische Kirche im vergangenen Jahr – trotz schwindender Mitgliederzahl – mehr als 6,8 Milliarden Euro Kirchensteuern eingenommen. Bei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) waren es im gleichen Jahr mehr als 6,2 Milliarden.

AUSSENPOLITIK

ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Putin droht mit Streubomben

Kremelchef Wladimir Putin hat mit dem Einsatz von Streubomben gedroht, falls die Ukraine diese von den USA gelieferte Munition verwenden sollte. „Ich möchte sagen, dass Russland ausreichende Reserven verschiedener Arten an Streumunition hat“, sagte Putin dem russischen Staatsfernsehen. Russland wolle die international geächtete Munition nicht einsetzen. „Aber natürlich, wenn sie gegen uns eingesetzt wird, dann behalten wir uns das Recht zu deckungsgleichen Handlungen vor.“ Menschenrechtler werfen dem russischen Präsidenten vor, dass er die ukrainischen Streitkräfte vor, in dem Krieg bereits in der Vergangenheit Streubomben eingesetzt zu haben. Dagegen gibt Putin an, Russland habe sie bisher nicht eingesetzt, obgleich es eine Zeit lang auch auf russischer Seite „bekanntermaßen einen Mangel an Munition“ gegeben habe. Der russische Präsident warf den USA vor, Streumunition bereitzustellen, weil der Westen nicht mehr in der Lage sei, die Ukraine mit ausreichend herkömmlichen Mitteln zu versorgen. „Sie haben nichts Besseres gefunden, als den Einsatz von Streumunition vorzuschlagen.“ Mehr zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine lesen Sie auf Seite 6.

IRAN

Rückkehr der Moralpolizei

Irans Behörden haben die Rückkehr der Sittenwächter zur Vollstreckung der Kopftuchpflicht angekündigt. Ab Sonntag sollen im ganzen Land Einheiten der zuständigen Moralpolizei mit Patrouillen zu Fuß und im Auto wieder gegen Verstöße vorgehen, berichtete die Nachrichtenagentur Isna unter Berufung auf einen Sprecher der iranischen Polizei. Nach den massiven Protesten im Herbst 2022 gegen die politische und religiöse Führung des Landes waren die Einheiten von den Straßen der Metropolen verschwunden. Auslöser der Demonstrationen war der Tod der iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini. Die junge Frau starb im Polizeigewalt, nachdem sie wegen Verstoßes gegen die islamischen Kleidungsvorschriften festgenommen worden war.

GROSSBRITANNIEN

Verteidigungsminister tritt zurück

Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace hat sich als amtsmüde geoutet. Er werde bei der nächsten Kabinetts-umbildung zurücktreten und bei der nächsten Unterhauswahl nicht wieder kandidieren, sagte Wallace der Zeitung „Sunday Times“. Seine Arbeit belaste seine Familie zu stark. Wallace ist der am längsten ununterbrochen amtierende Minister der Regierung von Rishi Sunak. Unter der früheren Regierungschefin Theresa May war er Staatssekretär im Innenministerium, unter ihrem Nachfolger Boris Johnson wurde er 2019 Verteidigungsminister.

JUSTIZREFORM IN ISRAEL

Gesetzentwurf heizt Proteste an

Israels Regierung ist dabei, ein umstrittenes Gesetz im Eiltempo zu verabschieden. Sie möchte den Einfluss der Justiz beschränken. Gegen diese Reformpläne haben am Wochenende jedoch wieder Zehntausende protestiert. Alleine in Tel Aviv kamen Berichten zufolge mehr als 150.000 Menschen zu einer Kundgebung gegen die Pläne der Regierung von Benjamin Netanjahu. Am Samstagabend zeigten viele Demonstranten einen Banner mit der Aufschrift „SOS“. Auch in anderen Städten protestierten Tausende. Israels Regierung will in rund einer Woche ein Gesetz verabschieden, das dem Höchsten Gericht die Befugnis nehmen soll, Entscheidungen der Regierung als „unangemessen“ zu bewerten. Anfang des Jahres hatte das Höchstgericht die Ernennung des Vorsitzenden der Schas-Partei, Arie Deri, zum Innenminister wegen dessen krimineller Vergangenheit als „unangemessen“ eingestuft. Darauf musste Netanjahu ihn entlassen. Beobachter erwarten, dass die Koalition dies mit dem neuen Gesetz rückgängig machen will.



Hannelore Friedrichsen (o.) kann sich die Miete ihrer Münchner Wohnung nicht mehr leisten. Editha Pabst holt sich von verschiedenen Stellen Unterstützung

in der 56-Quadratmeter-Wohnung. Über die Jahre aber renovierten die Vermieter, ergänzten Balkone und Fahrstuhl – Luxus-sanierungen, die massive Mieterhöhungen möglich machten, erzählt Wilhelm. Sie sei deswegen auch beim Mieterverein gewesen. Am Ergebnis änderte das nichts: Sie zahlt 1200 Euro warm. Mit anderen Fixkosten wie Strom und Telefon bleiben der 70-Jährigen 500 Euro. Anspruch auf staatliche Hilfe hat sie nicht.

Dennoch reicht es bei Wilhelm nicht. Auch weil sie ihr Enkelkind mitversorgt, ihr Sohn ist alleinerziehend. Das bedeutet auch: hier ein Einkauf, da ein Eis. Deswegen hat Wilhelm einen Minijob als Verkäuferin. „Ich mache mir Sorgen. Was ist, wenn ich den Job nicht mehr machen kann?“, sagt sie.

Die Flasche Wein, die sie früher ohne Nachzudenken in den Einkaufswagen gelegt hat, verkneift sie sich heute meist. „Ich achte auf jeden Pfennig.“ Wilhelm weiß,

dass es Rentner gibt, die viel weniger haben als sie. Sie sieht das Problem auch nicht primär in ihrem Einkommen – sondern im Mietmarkt. „Die Mieten müssen dringend gedeckelt werden“, sagt sie. Nebenbei noch zu arbeiten, kommt für Friedrichsen in München wegen gesundheitlicher Probleme nicht infrage. Zusätzlich zu diesen und den finanziellen Nöten bereitet ihr nun noch ein Brief vom Sozialamt Sorgen. Darin steht, dass ihre Wohnung zu groß und zu teuer sei. Fast 100 Euro mehr als die in München geltende maximale Obergrenze für die Kaltmiete eines Single-Haushalts. Nun läuft eine „Karenzzeit“ von einem Jahr. Danach müsse Friedrichsen die Kosten senken. Aber eine günstigere Wohnung in München zu finden, ist kaum möglich – selbst wenn diese deutlich kleiner wäre. Sie hat jetzt Angst, dass ihr die Leistungen gekürzt werden könnten. Theoretisch ist das rechtlich möglich.

„Wir kennen den Mietmarkt in München und wissen, dass die Suche nach einer günstigeren Wohnung häufig aussichtslos ist oder zumindest länger dauern kann“, sagt Münchens Sozialreferentin Dorothee Schiwy (SPD). Die Kosten könnten auch nach dem Ablauf der Schonfrist weiter gezahlt werden, erklärt sie. Nämlich dann, wenn Betroffene glaubhaft nachweisen, dass sie sich um günstigeren Wohnraum bemühen und die Kosten nicht anders gesenkt werden können – etwa durch eine Untervermietung.

Muss Friedrichsen einen Mitbewohner suchen? Eine Sprecherin des Bundessozialministeriums erklärt dazu allgemein: Ob eine Untervermietung zumutbar sei, hänge zum einen vom Zuschnitt der Wohnung ab. „Zum anderen ist zu prüfen, ob der leistungsberechtigten Person nach ihren individuellen Umständen zumutbar ist, mit einer fremden Person in einer Wohnung – gegebenenfalls mit nur einem Badezimmer – zu leben, was bei älteren Menschen in der Regel nicht der Fall sein dürfte.“ Weiter heißt es, dass individuelle Umstände berücksichtigt werden müssten, um langfristig auf eine Kostensenkung zu drängen. In diesem Zusammenhang könnte bei alten Menschen, „eine Verwurzelung und soziale Einbindung in der Wohngegend eine Rolle spielen“, ebenso wie auch langjährige Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten.

Für Rentner wie Friedrichsen heißt das, dass sie gute Chancen haben, in ihren Wohnungen zu bleiben – ohne Kürzung der Leistungen. Hoffen müssen sie darauf, dass die Kommunen ihren Ermessensspielraum ausnutzen. Das Sozialreferat in München versichert, dies zu tun.



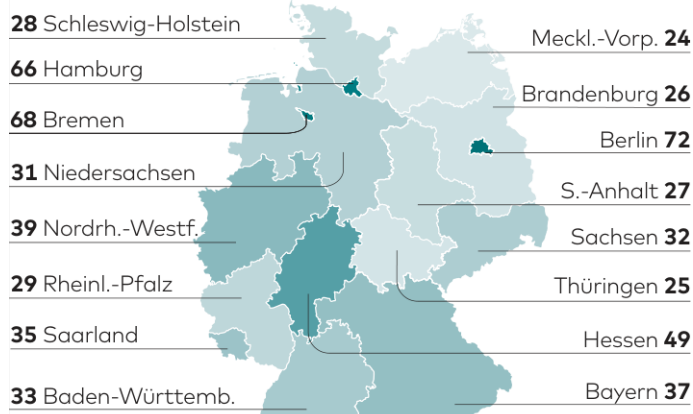
MARLENE GAWRISCH

WISSEN

MENTALE GESUNDHEIT

Mehr Therapeuten in Stadtstaaten

Psychologische Psychotherapeuten je 100.000 Einwohner 2021



Quelle: GBE, Statistisches Bundesamt, Statista

WELT

ZAHNHEILKUNDE

Natürlicher Ersatz statt Implantate

Nicht nur Krokodile und alle anderen Reptilien – auch Amphibien und Fische können verlorene und abgenutzte Zähne ersetzen. Insbesondere das „Revolvergebiss“ der Haie wird deshalb intensiv erforscht: Wie in einem Patronengürtel liegen dort mehrere neue Zähne bereit, den aktuellen zu ersetzen. Auf den ersten Blick scheinen diese wenig mit einem menschlichen Schneide- oder Backenzahn gemein zu haben. In ihren Details sind sich die Reißwerkzeuge jedoch erstaunlich ähnlich. Und durch die Suche sowohl nach Gemeinsamkeiten als auch nach Unterschieden kommen Forscher den molekularen Prozessen auf die Spur, irgendwann könnten die „Dritten“ also einfach nachwachsen. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 8.

NÖRDLICHE ERDHALBKUGEL

Extreme Hitze nicht nur in Europa

Extreme Hitze hält weiterhin große Teile der nördlichen Erdhalbkugel fest im Griff. So wurden in Italien für den Sonntag Spitzenwerte von 35 bis 36 Grad im Schatten erwartet. Für 16 Städte galt weiterhin die Alarmstufe Rot wegen der Gesundheitsgefahren durch die Hitze, darunter in Rom, Florenz und Bologna. Zu Wochenbeginn sollen die

Temperaturen in Italien noch höher steigen. Der italienische Wetterdienst befürchtet „eine der intensivsten Hitzewellen aller Zeiten“. In Griechenland sorgten sich die Behörden wegen der Waldbrandgefahr. Diese wurde durch starke Winde über der Ägäis gesteigert, wie das griechische Klimaschutzministerium mitteilte. Die antike Stätte Akropolis in der Hauptstadt Athen sollte am Sonntag den dritten Tag in Folge über sechs Stunden hinweg geschlossen bleiben. In den USA warnte der Wetterdienst NWS vor einer „drückenden und äußerst gefährlichen Hitzewelle“ mit schlechter Luftqualität im Westen und Teilen des Südens. Aus dem berühmten Death Valley im Westküstenstaat Kalifornien meldeten die Wetterdienste am Samstag 51 Grad, für Sonntag wurden dort sogar 54 Grad erwartet. In Phoenix im südwestlichen Bundesstaat Arizona wurden am Samstag 47 Grad erreicht.

WIRTSCHAFT UND GELD

WELTUNTERGANG

KI wahrscheinlichste Ursache

In der Untersuchung versuchen Wissenschaftler die Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Untergangs der menschlichen Zivilisation zu beziffern. Ein Risiko taucht in den Publikationen zum Thema zuletzt immer häufiger auf: die Auslöschung der Menschheit durch künstliche Intelligenz. Auch sogenannte Super-Prognostiker halten diese Gefahr für größer als durch den Klimawandel oder einen Atomkrieg. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 9.

EU-DATEN-DEAL MIT GOOGLE UND CO.

Kritiker wollen Abkommen stoppen

Was geschieht mit all den Daten, die Google, Amazon, Facebook und andere amerikanische Tech-Firmen auf dem Kontinent sammeln? Dürfen sie in die USA transferiert werden? Und sind sie dort vor dem willkürlichen Zugriff der vielen Sicherheitsbehörden mit drei Buchstaben – CIA, NSA, FBI zum Beispiel – geschützt? Die EU meint: ja. Doch juristischer Widerstand formiert sich bereits – und das kann für Google und Co. unangenehm werden. Die Hintergründe erfahren Sie auf Seite 9.

BKA-DATEN

Mehr Hackerangriffe auf Kliniken

Vor wenigen Tagen warnte Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), vor zunehmenden Cyberattacken auf Arztpraxen und Hochschulen. Insgesamt sieht das

DIE GUTE NACHRICHT

POLIZEI SAMMELT GELDSCHEINE EIN

5000 Euro auf der Autobahn verloren – und wiederbekommen

Ein Motorradfahrer hat auf der Autobahn 7 zwischen Kempten und Memmingen in Bayern ein Kuvert mit knapp 5000 Euro verloren. Der 44-Jährige hatte am Freitagnachmittag gemerkt, dass sich sein Rucksack während der Fahrt geöffnet hatte und der Umschlag und Kleidung von ihm fehlten. Das teilte die Polizei am Wochenende mit. Er verständigte demnach den Notruf und fuhr die Strecke mit seiner Maschine erneut ab. Die Polizei fand dann bei Wolferschwenden ein T-Shirt des Mannes auf der Autobahn – und im Bereich des Mittelstreifens das leere Kuvert. Die Geldscheine waren vom Wind in der Gegend verteilt worden. Nach einer knapp zweieinhalbstündigen Suche konnten die Beamten dem 44-Jährigen dann aber fast das gesamte verloren geglaubte Geld wieder übergeben.

BKA im Gesundheitswesen „seit Längerem ein beliebtes Ziel von Cyberakteuren“. Die Attacken würden Krankenhäuser, Krankenkassen, Sozialdienste sowie IT-Dienstleister umfassen. Durch die Überwachung von Hackeraktivitäten im Darknet konnte das BKA eine deutliche Zunahme der weltweiten Angriffe auf medizinische Einrichtungen feststellen. Warum Kliniken und Co. so attraktive Ziele sind, lesen Sie auf Seite 10.

DEUTSCHE MITTELSTÄNDLER

Jeder Vierte denkt ans Aufgeben

Mehr als jedes vierte mittelständische Unternehmen (26 Prozent) zieht einer aktuellen Branchenumfrage zufolge die Aufgabe des eigenen Geschäfts in Erwägung. Das geht aus einer Umfrage des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft hervor. Mehr als jeder fünfte Mittelständler (22 Prozent) denkt sogar über eine Verlagerung ins Ausland nach. Vor allem fühlen sich die Unternehmer durch zu viel Bürokratie gehemmt, knapp ein Drittel der Befragten gab überzogene Vorschriften als Einschränkung an. Mehr als ein Viertel sieht hohe Steuern und Abgaben als Hindernis an. Ebenfalls gut ein Viertel der Befragten fühlt sich durch den sich verschärfenden Fachkräftemangel in seinem Geschäft eingeschränkt.

STREIK IN ITALIEN

Fast tausend Flüge ausgefallen

Bei dem landesweiten Streik im Flugverkehr in Italien am Samstag sind insgesamt fast tausend Flüge ausgefallen. Die Gewerkschaften, die zu dem Ausstand aufgerufen hatten, verzeichneten im Nachgang außerdem eine fast hundertprozentige Beteiligung der Beschäftigten am Streik, wie die Nachrichtenagentur Ansa am Sonntag berichtete. Gestreikt hatte das Bodenpersonal der Flughäfen, das unter anderem für Abfertigungs- und Check-In-Dienste zuständig ist. Betroffen waren auch Reisende aus Deutschland – mehrere Flüge wurden gecancelt. Allein an den großen Flughäfen Italiens in Rom, Mailand, Neapel sowie Venedig wurden den Angaben nach mehrere hundert Flugverbindungen gestrichen. Rund 250.000 Passagiere waren betroffen.

SPORT

HERTHA BSC

Klub bestätigt Polizei-Ermittlungen

Ein Zwischenfall während des Trainingslagers von Hertha BSC beschäftigt die österreichische Polizei. „Wir können bestätigen, dass die Polizei gegen einen unserer Spieler ermittelt, bitten aber um Verständnis, dass aus Rücksicht auf die laufenden Ermittlungen keine näheren Angaben gemacht werden können“, teilte der Fußball-Zweitligist am Sonntag mit. Die Berliner befinden sich seit Mittwoch zur Saisonvorbereitung in Zell am See. „Bild“ hatte von einer körperlichen Auseinandersetzung am Samstagabend in einem Gasthaus berichtet, in deren Folge ein Hertha-Profi am Sonntag in Gewahrsam genommen worden sein soll.

NATIONALSPIELER GOSENS

Wolfsburg hat Interesse

Fußball-Bundesligist VfL Wolfsburg hat sein Interesse an einer Verpflichtung des deutschen Nationalspielers Robin Gosens von Inter Mailand erstmals öffentlich bestätigt. „Okay, darauf können wir uns einigen“, sagte Sportdirektor Sebastian Schindzielorz auf die Frage der „Wolfsburger Allgemeinen Zeitung“, ob die Bemühungen um Gosens mehr als nur ein Gerücht seien. Der 29 Jahre alte Linksverteidiger ist vertraglich noch bis 2026 an die Mailänder gebunden, beim Champions-League-Finalisten auf seiner Position aber nur der Ersatzmann für den italienischen Nationalspieler Federico Dimarco.

KULTUR UND GESELLSCHAFT

KONZERT IN BERLIN

Rammstein trotz Protests gefeiert

„Wir sind wieder zu Hause! Danke, Berlin!“. Beim Abschied vom Publikum nach gut zwei Stunden Konzert spielt Rammstein-Sänger Till Lindemann auf den Heimstatus der Berliner Band an. Mehr als 60.000 Menschen feiern die sechs Musiker am Samstagabend beim ersten von drei Berlin-Konzerten während der laufenden Stadiontour durch Europa. Vor dem Konzert war es wegen der Vorwürfe gegen Lindemann zu Protesten gekommen. Vor dem Olympia-Stadion forderten nach Polizeiangaben rund 300 Menschen ein Verbot der Veranstaltungen. Die Protestierenden waren zuvor in einem Demonstrationszug zum Stadion gegangen. Wie am Samstag wurden auch bei den Konzerten am Sonntag und am Dienstag (18. Juli) jeweils mehr als 60.000 Menschen bei den Auftritten erwartet. Mehrere Frauen haben – teilweise anonym – Vorwürfe gegen Lindemann erhoben. Sie schildern als beängstigend empfundene Situationen. Bei

Aftershowpartys soll es zu sexuellen Handlungen gekommen sein. Lindemann weist Vorwürfe zurück.

VERGEWALTIGUNGSVORWURF AUF MALLORCA

Fünf Urlauber in U-Haft

Ein Gericht auf Mallorca hat für fünf junge Urlauber aus Deutschland Untersuchungshaft angeordnet, weil sie eine Deutsche vergewaltigt haben sollen. Eine Freilassung gegen Kaution lehnte ein Gericht am Wochenende ab, wie eine Justizsprecherin mitteilte. Ein sechster Urlauber aus Deutschland kam frei. Eine junge Touristin – ebenfalls aus Deutschland – soll in einem Hotelzimmer am Ballermann vergewaltigt worden sein. Zunächst hatte die spanische Zeitung „Ultima Hora“ berichtet, der Haftrichter habe die Entscheidung verschoben, um noch Dokumente zu dem Fall zu studieren. Untersuchungshaft kann in Spanien Monate dauern. Im Falle einer Verurteilung wegen Vergewaltigung können Strafen von bis zu zwölf Jahren verhängt werden.

WALDBRAND AUF LA PALMA

Mehr als 4000 Menschen evakuiert

Ein Waldbrand hat auf der zu Spanien gehörenden Kanareninsel La Palma in einem Tag eine Fläche zerstört, die rund 6500 Fußballfeldern entspricht. Das seit Samstagmorgen in der Nähe von Puntagorda im Nordwesten der Insel wütende Feuer habe bereits knapp 4700 Hektar erfasst, berichtete der staatliche TV-Sender RTVE am Sonntag. 4255 Menschen seien in Puntagorda und der benachbarten Ortschaft Tijarafe aus ihren Häusern in Sicherheit gebracht worden. Das Feuer wird von circa 300 Einsatzkräften bekämpft, die von elf Löschflugzeugen und Hubschraubern unterstützt werden. Mindestens elf Häuser sind völlig abgebrannt.

ITALIEN

Tötung von „Problembärin“ gestoppt

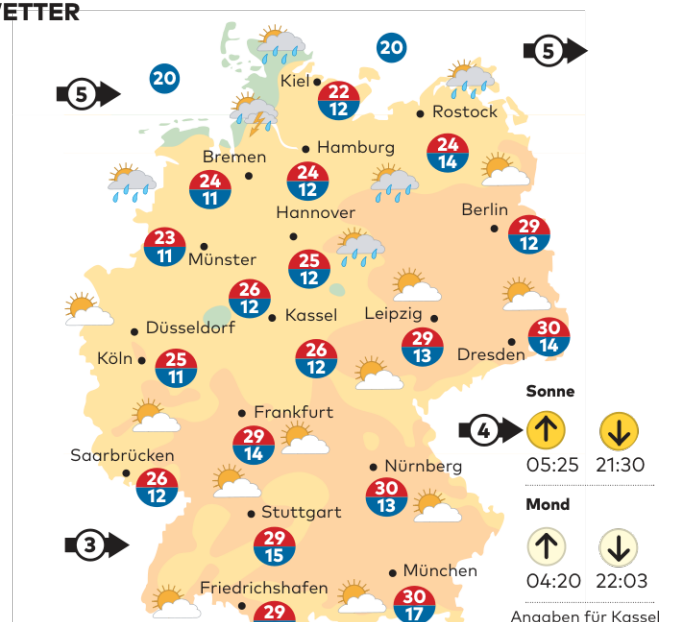
Das Oberste Verwaltungsgericht in Rom hat am Freitag den Tötungsbefehl der „Problembärin“ JJ4 aus dem Trentino in Norditalien gestoppt. In dem seit Monaten schwelenden Justizstreit um das Schicksal der Bärin, die Anfang April einen Jogger im Wald angegriffen und getötet hatte, hat das Gericht das Dekret der Provinzregierung vorerst ausgesetzt. Der von dem Präsidenten der Region Trentino-Südtirol, Maurizio Fugatti, erlassene Tötungsbefehl sei „unverhältnismäßig und nicht vereinbar“ mit nationalen sowie überstaatlichen Rechtsvorschriften, hieß es in der Begründung. Von der Verordung ist zusätzlich zu JJ4 auch der „Problembär“ MJ5 betroffen. In der Slowakei hat ein Mann unterdessen eine Braunbärin aus Notwehr erschossen.

GETÖTETE LUISE IN FREUDENBERG

Verfahren gegen Kinder eingestellt

Gut vier Monate nach dem gewaltsamen Tod der zwölfjährigen Luise aus Freudenberg stehen die Ermittlungen unmittelbar vor dem Abschluss. Zwei zwölf- und 13-jährige Mädchen haben gestanden, Luise im März erstochen zu haben. Weil die beiden noch nicht strafmündig sind, wird das Verfahren eingestellt, wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Siegen sagte. Eine Anklage wird es nicht geben. Die beiden mutmaßlichen Täterinnen werden vom Jugendamt betreut. „Die tatverdächtigen Mädchen befinden sich nach wie vor in therapeutischen Einrichtungen“, sagt eine Sprecherin des Kreises Siegen-Wittgenstein.

WETTER



Teils Sonne und Wolken, teils Schauer

Heute: Im Norden und Nordwesten gibt es bei wechselnder bis starker Bewölkung gebietsweise Schauer, örtlich Gewitter. Sonst zeigt sich zwischen den Wolken auch mal längere Zeit die Sonne. Lediglich an den Alpen und im äußersten Südosten bilden sich einzelne, auch kräftige Schauer oder Gewitter. Die Temperaturen steigen auf 21 bis 30 Grad. Dazu weht ein schwacher bis mäßiger, zum Teil frischer Wind. **Biwetter:** Zunächst müssen sich Asthmatiker und Personen mit chronischer Bronchitis auf Atemprobleme einstellen. Auch Herzpatienten sollten ungewohnte körperliche Anstrengungen vermeiden. Wetterföhleiden vor allem anfangs unter Kopfschmerzen.